

Ausgabe 13

31. März 2022

steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Inhalt

Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Bundeskabinett beschließt Entwurf zur Anpassung der steuerlichen Vollverzinsung
Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates zum Entwurf eines Vierten Corona-
Steuerhilfegesetzes

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 31. März 2022

Zur Zurechnung eines aus einer Sperrfristverletzung gemäß § 16 Abs. 3 Satz 3 EStG
resultierenden Gewinns

Kein Anspruch einer Drittstaatengesellschaft auf Erstattung von Kapitalertragsteuer auf
Dividenden bei Vorrangigkeit der Niederlassungsfreiheit gegenüber der
Kapitalverkehrsfreiheit

Business Meldungen

Krieg in der Ukraine – Auswirkungen auf Finanzdienstleistungen und Zahlungsverkehr: Drei
Fragen an ... Michael Huertas, Partner bei PwC Legal

Krieg in der Ukraine – Auswirkungen der Sanktionen auf Unternehmen: Drei Fragen an ...
Daniel Kaiser, Manager Customs & International Trade

Aktuelle rechtliche Infrastruktur in der Ukraine: Drei Fragen an ...Xenia Künstler, Managerin
Legal Corporate / M&A

Terminplaner

Noch Fragen?

Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

Bundeskabinett beschließt Entwurf zur Anpassung der steuerlichen Vollverzinsung

Das Bundeskabinett hat am 30. März 2022 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (vgl. zum Referentenentwurf unseren [Blogbeitrag](#)) beschlossen.

Mit dem Entwurf soll bei der sog. Vollverzinsung ab 1. Januar 2019 für alle offenen Fälle eine rückwirkende Neuregelung des Zinssatzes für Nachzahlungs- und Erstattungsinsen getroffen werden.

Der Gesetzentwurf senkt den Zinssatz für Nachzahlungs- und Erstattungsinsen nach § 233a AO rückwirkend ab dem 1. Januar 2019 auf 0,15 % pro Monat (= 1,8 % pro Jahr). Die Angemessenheit dieses Zinssatzes ist unter Berücksichtigung der Entwicklung des Basiszinssatzes mindestens alle drei Jahre mit Wirkung für nachfolgende Verzinsungszeiträume zu evaluieren – spätestens also erstmals zum 1. Januar 2026.

Die Neuregelung setzt den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 8. Juli 2021 – 1 BvR 2237/14 und 1 BvR 2422/17 (BGBl. I 2021 S. 4303) – um. Bei der rückwirkenden Neuberechnung der Zinsen soll dem Vertrauensschutz Rechnung getragen werden.

Die Neuregelung des Zinssatzes für Nachzahlungs- und Erstattungsinsen für Verzinsungszeiträume ab 1. Januar 2019 gilt für alle Steuern, auf die die Vollverzinsung anzuwenden ist. Der Erlass von Nachzahlungszinsen bei vor Fälligkeit freiwillig geleisteten Zahlungen wird im Gesetz verankert und damit auch auf die von Kommunen verwaltete Gewerbesteuer erstreckt.

Die noch im Referentenentwurf vorgesehene Regelung, dass eine Anpassung des Zinssatzes nur erfolgen soll, wenn der zum 1.1. des Jahres der Evaluation geltende Basiszinssatz um mehr als einen Prozentpunkt von dem bei der letzten Festlegung oder Anpassung des Zinssatzes nach § 238 Abs. 1a AO geltenden Basiszinssatz abweicht, ist im Regierungsentwurf **nicht** mehr enthalten.

Zugleich sind einzelne, zeitnahe Anpassungen der Regelungen zur Mitteilungspflicht über grenzüberschreitende Steuergestaltungen an unionsrechtliche Vorgaben vorgesehen.

Den Regierungsentwurf des Gesetzes finden Sie [hier](#).

Fundstelle

BMF, [Pressemitteilung vom 30. März 2022](#).

Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates zum Entwurf eines Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes

Die Ausschüsse des Bundesrates (BR) haben am 25. März 2022 ihre Empfehlungen zu dem Entwurf eines Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes (vgl. unseren [Blogbeitrag](#)) abgegeben.

Die Ausschüsse des Bundesrates empfehlen dem Bundesrat u.a. die folgenden Änderungsvorschläge/Prüfbitten in seine im Rahmen der Bundesratssitzung am 08. April 2022 zu verabschiedende Stellungnahme aufzunehmen (vgl. BR-Drs. 83/1/22):

- In **Ergänzung** zu den im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Regelungen schlagen Finanz- und Wirtschaftsausschuss dem Bundesrat vor, die **Abschaffung der Regelung zur Abzinsung von unverzinslichen Verbindlichkeiten in § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG** zu fordern. Entsprechende „Gerüchte“ gab es schon mit Blick auf den vorgelegten Referentenentwurf.
- Hinsichtlich der vorgesehenen **Erweiterung der Verlustverrechnung** schlägt der Wirtschaftsausschuss
 - eine Ausweitung des Rücktragzeitraums für alle Verluste, die ab dem VZ 2020 entstanden sind,
 - eine Erweiterung des Verlustrücktragzeitraums auf 3 Jahre sowie
 - eine weitere Anhebung des Höchstbetrags für den Verlustrücktrag nach § 10d Abs. 1 Satz 1 EStG auf 15 Mio. Euro (bzw. auf 30 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung)

vor. Darüber hinaus äußert er sich kritisch zu der geplanten Abschaffung der bisher in § 10d Abs. 1 Satz 5 und 6 EStG vorgesehenen Möglichkeit zum teilweisen Verzicht auf den Verlustrücktrag.

- Der Wirtschaftsausschuss begrüßt die **geplante Verlängerung der degressiven Abschreibung** für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und schlägt dem Bundesrat gar vor, eine unbefristete Verlängerung der degressiven Abschreibung zu fordern. Der Finanzausschuss äußert sich dagegen kritisch zur geplanten Verlängerung.
- Die **Homeoffice-Pauschale** soll nach den Vorstellungen des Wirtschaftsausschusses dauerhaft gewährt werden.

Der Finanzausschuss schlägt eine weitergehende **Verlängerung der Fristen zur Anpassung von Vorauszahlungen** in § 37 Abs. 3 Satz 3 EStG (gilt über § 31 Abs. 1 KStG auch für die KSt) und in § 19 Abs. 3 Satz 2 und 3 GewStG-E vor. Entsprechendes fordert der Finanzausschuss mit Blick auf die **Fristen in Art. 97 § 36 EGAO** für Zwecke von § 109 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 2 AO (Verlängerung von Fristen), § 149 Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 3 und Abs. 4 Sätze 1, 3 und 5 AO (Allgemeine Steuererklärungsfrist und Frist für die Erstellung von Steuererklärungen bei Unterstützung durch steuerberatende Berufe; Frist für Vorabanforderungen), § 152 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AO (Festsetzung von Verspätungszuschlägen) sowie § 233a Abs. 2 Satz 1 und 2 AO (zinsfreie Karenzzeit). Ferner werden **Fristverlängerungen** für den **Veranlagungs- bzw. Erhebungszeitraum 2023** vorgeschlagen.

Fundstelle

[BR-Drs. 83/1/22.](#)

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 31. März 2022

Beschluss VII R 21/19: Unterbrechung der Zahlungsverjährung durch eine BZSt- Online-Anfrage

21. Dezember 2021

Die für eine Verjährungsunterbrechung nach § 231 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 AO erforderliche Außenwirkung liegt auch dann vor, wenn die Finanzbehörde durch eine BZSt-Online-Anfrage direkt auf die IdNr.-Datenbank zugreift.

Zuständigkeitsmängel hindern die Unterbrechungswirkung einer Ermittlungsmaßnahme nicht. Ob die Finanzbehörde, welche die Maßnahme durchgeführt hat, örtlich zuständig war, hat keinen Einfluss auf die Wirksamkeit der Maßnahme in Bezug auf die Verjährungsunterbrechung.

[Zum Urteil](#)

Urteil III R 24/20: Übertragung des Kinderfreibetrags bei in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebenden Elternteilen

15. Dezember 2021

Bei einer funktionierenden nichtehelichen Lebensgemeinschaft kann im Hinblick auf die Übertragung des Kinderfreibetrags nach § 32 Abs. 6 Satz 6 EStG grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Verteilung der Unterhaltsleistungen zwischen den Elternteilen für im Haushalt lebende minderjährige Kinder (in Form von Natural-, Bar- und Betreuungsunterhalt) dem Willen des allein sorgeberechtigten Elternteils oder der gemeinsam sorgeberechtigten Elternteile entspricht.

[Zum Urteil](#)

Urteil X R 4/20: Vermögensübergabe gegen Versorgungs- leistungen im Anwendungsbereich des § 23 HO - RhPf

16. Juni 2021

Versorgungsleistungen können --unter bestimmten weiteren Voraussetzungen-- auch dann abziehbar sein, wenn der Erblasser sie dem Vermögensübernehmer in einer letztwilligen Verfügung auferlegt hat. Sind in der letztwilligen Verfügung keine Versorgungsleistungen bezeichnet, wird dies im Anwendungsbereich des § 23 HO - RhPf auch mit ertragsteuerrechtlicher Wirkung durch den aus dieser Norm folgenden gesetzlichen Anspruch auf Versorgungsleistungen ersetzt.

[Zum Urteil](#)



Rechtsprechung im Blog

Zur Zurechnung eines aus einer Sperrfristverletzung gemäß § 16 Abs. 3 Satz 3 EStG resultierenden Gewinns

Ein Gewinn i.S. des § 16 Abs. 3 Satz 3 EStG, den ein Realteiler erzielt, weil er seinen Betrieb, in den er die im Rahmen der Realteilung übernommenen wesentlichen Betriebsgrundlagen zum Buchwert übertragen hat, innerhalb der Sperrfrist veräußert, ist gemäß § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG allein diesem Realteiler zuzurechnen. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.

Sachverhalt

Die Klägerin und ihre Kollegin (die beigeladen war) betrieben eine ärztliche Gemeinschaftspraxis in der Rechtsform einer GbR, an deren Vermögen die Gesellschafterinnen zu jeweils 50 % mit entsprechender Gewinnverteilungsquote beteiligt waren. Die GbR wurde im Jahr 2012 beendet und das Gesellschaftsvermögen im Wege der Realteilung auseinandergesetzt. Regelungen zu einer Veräußerung oder Entnahme des Gesamthandsvermögens innerhalb der Sperrfrist des § 16 Abs. 3 Satz 3 Einkommensteuergesetz (EStG) in der Vereinbarung nicht getroffen.

Die Beigeladene veräußerte im Jahr 2013 ihre aus der Realteilung hervorgegangene Einzelpraxis und beantragte den Gewinn aus der Realteilung im Jahr 2012 mit dem gemeinen Wert anzusetzen. Der daraus resultierende Gewinn stelle laufenden Gewinn dar; der Übertragungsgewinn sei nach dem allgemeinen Gewinnverteilungsschlüssel zu verteilen, soweit er auf das Gesamthandsvermögen entfalle. Ein weiterer Teil des Gewinns sei dem Sonderbetriebsvermögen der Beigeladenen zuzuordnen.

Nachdem das Finanzamt entsprechend veranlagt hatte, legte die Klägerin erfolglos Einspruch ein. In ihrer nun erhobenen Klage begehrte die Klägerin, wie schon im Einspruchsverfahren, den Veräußerungsgewinn vollständig der Beigeladenen zuzurechnen.

Die dagegen erhobene Klage vor dem Finanzgericht Sachsen-Anhalt hatte keinen Erfolg, vgl. unseren [Blogbeitrag](#).

Entscheidung des BFH

Der BFH hat der Revision stattgegeben und die Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben. Entgegen der Entscheidung des Finanzgerichts ist der streitgegenständliche Aufgabegewinn gemäß § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG allein der die Sperrfrist des § 16 Abs. 3 Satz 3 EStG verletzenden Beigeladenen zuzurechnen.

§ 16 Abs. 3 Satz 3 EStG sieht nach seinem Wortlaut allein den rückwirkenden Ansatz des gemeinen Wertes der betroffenen Wirtschaftsgüter vor, enthält jedoch keine Aussage zur Zurechnung des so entstehenden Gewinns. Der so rückwirkend durch eine Betriebsveräußerung entstehende Gewinn ist gemäß § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG allein dem die Sperrfrist verletzenden Realteiler zuzurechnen.

Nach dieser Vorschrift ist bei Aufgabe eines Gewerbebetriebs, an dem mehrere Personen beteiligt waren, für jeden einzelnen Beteiligten der gemeine Wert der Wirtschaftsgüter anzusetzen, die er bei der Auseinandersetzung erhalten hat. § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG stellt eine Sonderregelung für die Ermittlung des



Aufgabegewinns bei Mitunternehmerschaften dar. Sie schreibt nicht allein den Ansatz des gemeinen Wertes vor (anderer Auffassung z.B. Pupeter in Widmann/Mayer, a.a.O., Anh. 10 Rz. 824), sondern regelt auch die Gewinnzurechnung.

Die Norm rechnet dem einzelnen Beteiligten im Fall der aufgabebedingten Übernahme von Wirtschaftsgütern unmittelbar das zu, was er tatsächlich erhält. Nur wenn im Rahmen der Betriebsaufgabe überhaupt kein Wirtschaftsgut von einem Beteiligten übernommen wird, sondern alle Wirtschaftsgüter veräußert werden, ist dem einzelnen Beteiligten ein Anteil am Aufgabegewinn nach dem allgemeinen Gewinnverteilungsschlüssel zuzurechnen (vgl. Brandis/Heuermann/Schallmoser, § 16 EStG Rz. 554).

Dementsprechend ist § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG als spezielle Gewinnzuweisungsnorm zu verstehen, die die Gewinnverteilung vom allgemeinen Gewinnverteilungsmaßstab loslöst (vgl. Seer in Kirchhof/Seer, EStG, 20. Aufl., § 16 Rz. 202; vgl. auch Schacht in Littmann/Bitz/Pust, a.a.O., § 16 Rz. 1227 ff.; vgl. auch BFH Urteil vom 19. Januar 1982, VIII R 21/77, BStBl II 1982, 456, unter III.3.f [Rz. 11] zur Verteilung des Aufgabegewinns im Falle der Realteilung und § 16 Abs. 3 Satz 4 EStG a.F.).

Ohne die von § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG vorgesehene Gewinnzurechnung käme es in den Fällen der Betriebsveräußerung innerhalb der Sperrfrist nicht nur zu einer rechtlich bedenklichen Besteuerung aus Drittverhalten (vgl. hierzu z.B. Crezelius, FR 2002, 805), sondern auch zu einer nicht mehr vom Normzweck des § 16 Abs. 3 Satz 3 EStG gedeckten typisierenden Gewinnzurechnung.

§ 16 Abs. 3 Satz 3 EStG soll Gestaltungen verhindern, die einer gezielten Verlagerung von Wirtschaftsgütern und stillen Reserven im Wege der Realteilung mit dem Ziel der Veräußerung oder Entnahme des Wirtschaftsguts dienen. An einer solchen Gestaltung fehlt es indes, wenn der Realteiler innerhalb der Sperrfrist durch einen Praxisverkauf sämtliche stillen Reserven aus den übernommenen Wirtschaftsgütern aufdeckt und -wie im Streitfall- keine Anhaltspunkte für eine gezielte Verlagerung wesentlicher Betriebsgrundlagen auf den Realteiler mit dem Ziel einer Statusverbesserung für den Fall der zeitnahen Veräußerung/Entnahme des Wirtschaftsguts ersichtlich sind.

Die Frage, ob der aus der Verletzung der Sperrfrist gemäß § 16 Abs. 3 Satz 3 EStG resultierende Gewinn nicht nur im vorliegenden Fall der Betriebsveräußerung, sondern stets nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 Satz 8 EStG abweichend vom allgemeinen Gewinnverteilungsschlüssel zuzurechnen ist, sofern die Beteiligten keine abweichende Zurechnung in der Realteilungsvereinbarung bestimmt haben, hat der BFH ausdrücklich offen gelassen.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 23. November 2021 ([VIII R 14/19](#)), veröffentlicht am 24. März 2022.

Kein Anspruch einer Drittstaatengesellschaft auf Erstattung von Kapitalertragsteuer auf Dividenden bei Vorrangigkeit der Niederlassungsfreiheit gegenüber der Kapitalverkehrsfreiheit

Das Finanzgericht Düsseldorf hat in einem aktuellen Urteil die Klage einer japanischen Kapitalgesellschaft, die 100% der Anteile an einer deutschen GmbH

hielt und von dieser in den Jahren 2009-2011 Dividenden bezog, auf Erteilung eines Freistellungsbescheids und Erstattung der Kapitalertragsteuer aufgrund einer Verletzung der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 AEUV) mit der Begründung abgewiesen, dass sich die Klägerin aufgrund ihrer Beteiligungshöhe nicht auf die Kapitalverkehrsfreiheit berufen könne. Der Dividendenbezug durch die Klägerin, die sicheren Einfluss auf die Entscheidungen der ausschüttenden GmbH habe, falle ausschließlich in den Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV), die nicht für Drittstaatenfälle gelte.

Sachverhalt

Zum Zeitpunkt der Dividendenausschüttungen besaß die Klägerin eine Freistellungsbescheinigung des BZSt, die eine KEST-Minderung auf 15% erlaubte. Ein weiter gehendes Absehen vom KEST-Einbehalt war nicht gestattet, weil das seinerzeit noch geltende alte DBA-Japan kein Schachtelprivileg enthielt (DBA-Japan vom 22. April 1966, BGBl. II 1967, 871, in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 17. April 1979, BGBl. II 1980, 1182). Dementsprechend wurde bei Ausschüttung der Dividenden jeweils 15% KEST einbehalten und an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Nach dem EuGH-Urteil Kommission ./ Deutschland vom 20. Oktober 2011 (C-284/09) beantragte die Klägerin am 20. Dezember 2013 beim Finanzamt einen Freistellungsbescheid und die Erstattung der verbleibenden 15% KapEST (in den Streitjahren nach § 50d Abs. 1 Satz 2 Einkommensteuergesetz (EStG), heute § 50c Abs. 3 Satz 1 EStG). Nach Erlass des Ablehnungsbescheids und einem erfolglosen Einspruchsverfahren erhob die Klägerin am 23. Mai 2018 die Klage. Sie machte geltend, dass die Erhebung der KapEST die Kapitalverkehrsfreiheit verletze, weil die Dividende bei einer vergleichbaren inländischen Anteilseignerin nach § 8b Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz (KStG) steuerfrei wäre.

Richterliche Entscheidung

Das Finanzgericht Düsseldorf hat die Klage abgewiesen.

Das Gericht hat ausgeführt, dass die einfachgesetzlichen Vorschriften, in deren Anwendungsbereich der Fall liege, es nicht zuließen, abstrakt anhand ihres Regelungsgehalts zu bestimmen, ob der Fall der Niederlassungsfreiheit oder der Kapitalverkehrsfreiheit unterfalle, da sie entweder gar keine Mindestbeteiligungshöhe verlangten (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 KStG, § 50d Abs. 1 EStG, Art. 10 Abs. 2 DBA-Japan 1966/1979) oder lediglich eine solche in Höhe von 10% (§ 43b Abs. 2 EStG).

Eine Beteiligung in Höhe von 10% ermögliche es dem Anteilseigner nach der Rechtsprechung des EuGH (Itelcar, C-282/12, Rn. 22; Kronos International, C-47/12, Rn. 29 ff.) und des BFH (I R 75/16, Rn. 19 ff.) aber nicht, einen sicheren Einfluss auf die Entscheidungen der Gesellschaft auszuüben und deren Tätigkeiten zu bestimmen, was Voraussetzung für die alleinige Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit sei.

In Inbound-Fällen (Drittstaaten-Anteilseigner mit EU-Beteiligung, d.h. Fällen, in denen die Dividenden in Outbound-Richtung fließen) sei – anders als in Outbound-Fällen – auf zweiter Stufe der konkrete Sachverhalt zu prüfen, was vorliegend den Ausschlag zugunsten der Niederlassungsfreiheit gebe, weil die Klägerin in den Streitjahren zu 100% an der deutschen Tochtergesellschaft beteiligt gewesen sei.

Die Rechtsprechung des EuGH, wonach in Drittstaaten-Fällen keine Prüfung anhand des konkreten Sachverhalts vorzunehmen sei, weil in diesen Fällen die

Niederlassungsfreiheit nicht einschlägig sein könne und daher auch nicht die Kapitalverkehrsfreiheit verdrängen könne, betreffe nur Outbound-Fälle (vgl. hierzu bspw. EuGH-Urteil *Test Claimants in the FII Group Litigation 2*, C-35/12, Rn. 96 ff.).

Gestützt auf die Aussage des EuGH im Outbound-Fall *Test Claimants in the FII Group Litigation 2* (C-35/12, Rn. 100), wonach es zu vermeiden gelte, dass die Auslegung von Art. 63 Abs. 1 AEUV in Bezug auf die Beziehungen zu Drittländern es Wirtschaftsteilnehmern erlaube, die sich außerhalb des territorialen Anwendungsbereichs der Niederlassungsfreiheit befänden (d.h. Drittstaatengesellschaften), in den Genuss dieser Freiheit zu kommen, hat das Finanzgericht Düsseldorf ausgeführt, dass umgekehrt im Inbound-Fall das Innehaben einer Beteiligung an einer EU-Gesellschaft mit der Möglichkeit, sicheren Einfluss auf diese auszuüben, einen solchen Marktzugang für eine Drittstaatengesellschaft bedeute. Daher dürfe die Kapitalverkehrsfreiheit in einem derartigen Fall keine Anwendung finden.

Das Finanzgericht hat die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache zugelassen. Über die Einlegung ist noch nichts bekannt.

Fundstelle

Finanzgericht Düsseldorf, Urteil vom 02. März 2022 ([7 K 1424/18 KE](#)), die Revision wurde zugelassen, über die Einlegung ist noch nichts bekannt.



Weitere interessante News und Entscheidungen finden Sie in unserem Blog **Steuern & Recht**

[HIER](#)

Business Meldungen

Krieg in der Ukraine – Auswirkungen auf Finanzdienstleistungen und Zahlungsverkehr: Drei Fragen an ... Michael Huertas, Partner bei PwC Legal

Als Reaktion auf den Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Europäische Union gemeinsam mit ihren internationalen Partnern sukzessiv harte Sanktionen beschlossen. Diese zielen insbesondere darauf ab, die russische Wirtschaft und die politische Elite massiv zu schwächen. Das hat auch Auswirkungen auf Finanzdienstleistungen und den Zahlungsverkehr. Welche das sind, darüber sprechen wir in „Drei Fragen an...“ mit dem PwC-Experten Michael Huertas. Näheres finden Sie in unserem Blog **Steuern & Recht** unter diesem [Link](#).

Krieg in der Ukraine – Auswirkungen der Sanktionen auf Unternehmen: Drei Fragen an ... Daniel Kaiser, Manager Customs & International Trade

Die EU beschließt laufend neue Sanktionen gegen Russland und Belarus. Wie Unternehmen hier Schritt halten können und wo akuter Handlungsbedarf besteht, darüber sprechen wir mit unserem PwC-Experten Daniel Kaiser in „Drei Fragen an...“.

Näheres finden Sie in unserem Blog **Steuern & Recht** unter diesem [Link](#).

Aktuelle rechtliche Infrastruktur in der Ukraine: Drei Fragen an ...Xenia Künstler, Managerin Legal Corporate / M&A

Der Krieg in der Ukraine ist eine humanitäre Katastrophe und erschüttert die Weltgemeinschaft in ihren Grundfesten. Er hat aber auch gravierende Folgen für die Geo-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dies gilt auch für die aktuelle rechtliche Infrastruktur in der Ukraine. Über dieses Thema sprechen wir in „Drei Fragen an...“ mit der PwC-Expertin Xenia Künstler.

Näheres finden Sie in unserem Blog **Steuern & Recht** unter diesem [Link](#).

Terminplaner

Steuern zum Frühstück
05.04., Webcast

ZUM SEMINAR

InvestorTax@OneClick
26.04., Webinar

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE



Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 95 85-5680
gabriele.nimmrichter@de.pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: (0 511) 53 57-3242
gunnar.tetzlaff@de.pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2022 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.

